

**Rede
des Sprechers für Wasser- und Bodenschutz sowie
Luftreinhaltung**

Gerd Hujahn, MdL

zu TOP Nr. 12

Abschließende Beratung

**Vorsorge treffen für die Auswirkungen des
Klimawandels: Hochwasser- und
Katastrophenschutz in Niedersachsen verbessern!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/9881

während der Plenarsitzung vom 23.02.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Liebe Frau Byl, liebe Grüne, mir fehlt die rechte Antwort auf die Inhalte von eben, die - durcheinander gemixt ohne Ende, mit Sturm und sonst was - mit dem Antrag eigentlich nichts zu tun haben.

Ich versuche es mal mit einer Textanalyse, wie man das früher in der Schule mal gemacht hat: Das sieht mir sehr nach Wahlkampf aus. Man nehme eine emotional aufgeladene Tragödie aus Ahrweiler, schreibe dann einen Antrag gespickt mit Sachen, die schon längst erledigt sind, in Arbeit sind und die wir längst schon auf dem Schirm haben. Mit anderen Worten und kurz gesprochen: Hinter den Zug geworfen, und zwar so weit hinter den Zug geworfen, dass man die Lichter schon gar nicht mehr sehen kann.

Ich will es einfach an einigen Punkten klarmachen: Es sind sechzehn Punkte. Die Hälfte betrifft das Umweltministerium, das hervorragend von Olaf Lies geführt wird, und die andere Hälfte betrifft das Innenministerium, sehr hervorragend von Herrn Pistorius geführt.

Wir haben im Jahr 2020 - und zwar am 5. Mai - einen Antrag für ein umfangreiches Wassermanagement eingebracht. Herr Dorendorf hat das Ganze schon angesprochen. Sie schreiben z. B. in Nr. 3 Ihres Antrags:

„Bächen und Flüssen wieder mehr Raum zu geben. Die Renaturierung von Gewässern und Auen, die Schaffung von Rückhalte- und Überschwemmungsflächen“

Und so weiter und so fort. - Das haben Sie im September 2021 geschrieben. Wir haben im Jahr da-vor - und wir arbeiten schon daran - geschrieben:

„die Resilienz von Fließgewässern gegen Klimastress zu erhöhen, indem verstärkt Renaturierungsmaßnahmen an Fließgewässern gemäß den Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie in angemessenem Umfang umgesetzt und bestehende Hemmnisse aufgelöst werden“

Gut formuliert. Wunderbar!

Ich habe alle Punkte durchgesehen und jedes Mal etwas dahinter geschrieben. Ich könnte also jede Menge Sachen ansprechen. Nehmen wir was aus dem Innenbereich. Von Kommunen wird

„gefordert, eine stärkere Rolle beim Katastrophenschutz in Großschadenslagen zu übernehmen. Dazu gehören auch ein landesweit koordinierender Katastrophenstab und eine stärkere Abstimmung mit dem Bund.“

Seit dem 1. Januar 2021 - also vor Ihrem Antrag - das NLBK in Celle und im MI ein Katastrophenstab. Wenn wir eine Katastrophe haben, tritt natürlich der Katastrophenstab zusammen, was denn sonst? Das brauchen wir doch nicht zu fordern, das ist doch nichts Neues!

Wir haben noch eine ganze Menge anderer Sachen:

„eine Anerkennungskultur zu fördern hinsichtlich der im ehrenamtlichen Engagement erlernten Fähigkeiten“

Was meinen Sie denn, was die Enquetekommission „Ehrenamt“ die ganze Zeit macht? Das ist doch Gegenstand parlamentarischer Beratungen. Das brauche ich doch im September nicht zu fordern, wenn das Ganze schon am Laufen ist!

So sind die in dem Antrag geforderten Maßnahmen nach unserer Auffassung in ganz weiten Teilen in Arbeit, der Antrag ist erledigt und damit auch hinfällig. Daraus ergibt sich eigentlich zwangsläufig, dass wir nur ablehnen können. Warum sollten wir die Arbeit doppelt machen, die wir schon längst angestoßen haben?

Wir sind an dem Wasserthema schon deutlich länger dran als Sie, die im Augenblick hinterherlaufen. Zu dem Versuch, irgendwo in die Schlagzeilen der Presse zu kommen, weil man jetzt im Wasser-bereich aktiv wird - „Wir Grüne bringen für die Klimafolgen alles nach vorne!“ -: Ja, das mag so sein. Wenn dann noch Ahrweiler dazukommt, dann habe ich natürlich auch einen Anlass, der die Menschen berührt. Dann bin ich in der Presse. Aber das ist nicht redlich! Denn das Ganze ist von uns schon bearbeitet worden!

Im Antrag steht z. B., wir sollten die finanzielle Vergütung von Feuerwehrleuten und im Katastrophenschutz verbessern, insbesondere im Ausbildungsbereich. - Im Ausbildungsbereich sind die Anwärterbezüge im letzten Jahr um 50 % und um 75 % in diesem Jahr gestiegen. Das sind erledigte Punkte, die wir hier abhandeln. Auch ich persönlich würde den Katastrophenschutz gerne besser ausstatten, aber das sind Dinge, die der Haushaltsgesetzgebung unterliegen.

Der Innenbereich ist nun auch dran, insbesondere für den Katastrophenschutz und für die Feuerwehren so viel rauszuholen, wie es nur geht. Aber es muss auch gehen. Insofern kann ich das nur unterstreichen: Ja, 6 Millionen Euro wären gut, und es wäre auch gut, wenn wir die entsprechenden Fahrzeuge, Hubschrauber und Ähnliches, wie es hier gefordert wird anschaffen würden. Die neuen Polizeihubschrauber werden mit einem Haken z. B. für Löschvorrichtung versehen, wie es hier gefordert wird.

Insofern ist da ganz viel am Laufen und am Werden, aber wir können eben nur das machen, was möglich ist. Das ist das Problem, wenn man in Verantwortung steht und nicht einfach nur wünschen kann.

Ich darf mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit bedanken und habe meine Zeit eingehalten.